

Die Welt | 17.01.13

Wilhelmsburg: Streit um Reichsstraße

Bürger sehen ihre Bedenken nicht berücksichtigt *Von Andreas Dey*

Es ist neben der Überdeckung der A 7 das derzeit spektakulärste Straßenverkehrsprojekt der Stadt - die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Der Plan, die vierspurige Nord-Süd-Achse auf einer Länge von rund sechs Kilometern um einige hundert Meter nach Osten zu verlegen, hat sich als viel komplizierter herausgestellt als erwartet. So verläuft die stark befahrene Piste (55. 000 Autos pro Tag) auch während der im Frühjahr beginnenden Internationalen Gartenschau mitten durch das Gelände, anstatt darum herum - weil der geplante Fertigstellungstermin 2013 unrealistisch war.

Nun gibt es erneut Ärger um das Projekt. Denn das eigens gegründete "Beratungsgremium zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße" hat festgestellt, dass seine aufwendige Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens von der Verkehrsbehörde bislang nicht beachtet wurde. Dafür bekommt der SPD-geführte Senat jetzt Gegenwind, auch aus den eigenen Reihen - in Person von Metin Hakverdi. Der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und frisch gekürte Bundestagskandidat ist auch Vorsitzender des Regionalausschusses Wilhelmsburg, und als solcher hat er eine Resolution verfasst, die der Ausschuss kommende Woche beschließen soll. Die Behörde "muss" sich mit dem Beschluss des Beratungsgremiums befassen, heißt es dort überdeutlich, "und muss diese Beurteilung in das weitere Planfeststellungsverfahren einfließen lassen".

Hakverdi geht es vor allem darum, eine hamburgweit wohl einmalige Form der Bürgerbeteiligung nicht einfach verpuffen zu lassen. Denn obwohl die Verlegung der Reichsstraße sehr umstritten ist, arbeiten in dem Beratungsgremium nahezu alle relevanten Wilhelmsburger Gruppierungen, Vereine und Parteien mit - von entschiedenen Unterstützern der Verlegung bis hin zu Gegnern des Projekts wie zum Beispiel der Klagegemeinschaft "Rechtsschutz Lebensqualität Wilhelmsburg". Angesichts dieser Heterogenität grenzte es an ein Wunder, dass sich das Gremium Anfang Dezember auf eine Stellungnahme einigen konnte - in vielen Punkten sogar einstimmig.

Hinzu kam: Die Bezirksversammlung [Hamburg](http://www.welt.de/themen/hamburg-staedtereise/) (Link: <http://www.welt.de/themen/hamburg-staedtereise/>) - Mitte hat diese Stellungnahme kurz vor Weihnachten einstimmig unterstützt, und das Bezirksamt macht sie sich ebenfalls zu eigen - die Meinung des Beratungsgremiums hat also maximale Unterstützung. Das von Andy Grote (SPD) geführte Bezirksamt ist daher über die Nichtberücksichtigung auch nicht amüsiert. "Wir arbeiten an einer Stellungnahme an die Verkehrsbehörde und wollen sie auffordern, den Beschluss der Bezirksversammlung zu berücksichtigen", sagte Bezirksamtssprecher Norman Cordes. Größter Streitpunkt ist die Breite der Straße. Die Behörde stuft die derzeitigen 14 Meter für vier Spuren als viel zu wenig und daher als Sicherheitsrisiko ein und plant für den Neubau mit 28 Metern Breite, inklusive Standspuren.